

# Umfahrung weiter verbessern

Ein Ja, das nicht als Blankoscheck für die Planer missverstanden werden soll, hat der Haslacher Gemeinderat zur Umfahrungsplanung des Regierungspräsidiums (RP) Freiburg gegeben.

VON LARS REUTTER

Haslach. Lediglich die Fraktion der Grünen hat am Dienstagabend in der öffentlichen Sitzung des Haslacher Gemeinderats gegen die sogenannte Bündeltrasse zur Umfahrung der Gemeinde gestimmt. Alle Vertreter der CDU, Freien Wähler und der SPD sowie Bürgermeister Philipp Saar fanden die Planung des RP dagegen grundsätzlich zustimmungswürdig. Sie wollen nun aus einer guten, aber nicht perfekten Lösung (David Eisenmann) eine noch bessere machen. Denn im Gegensatz zu den Grünen sehen sie ihr positives Votum nicht als „Blankoscheck“ für die Planer an, die nach dem Ja über Anregungen und Anliegen aus Haslach einfach hinweggehen würden.

Bevor in die Aussprache eingestiegen wurde, stellten Bürgermeister Philipp Saar und Stadtbaumeister Clemens Hupfer noch einmal die Planung des RP und deren Vorzüge gegenüber früheren Varianten vor. Hupfer erzählte in diesem Zusammenhang von einem Gespräch mit Planer Kai Steinborn, der mehr als 30 verschiedene Varianten der Umfahrung in einem Ordner habe. Das RP habe in der aktuellen Version einige Anregungen aus Haslach umgesetzt und arbeite derzeit auch an verschiedenen Varianten für die Archebrücke. Diese würden der Verwaltung wohl noch vor der Sommerpause vorliegen und dann auch zeitnah in den Gemeinderat kommen.

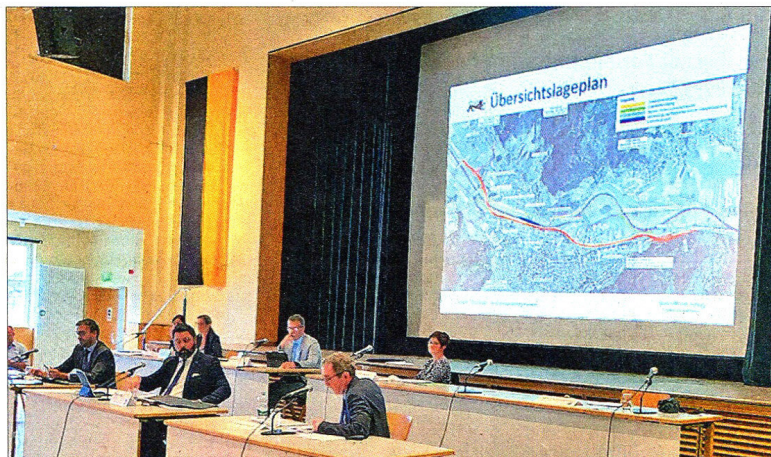


David Eisenmann (CDU) glaubt, dass die wesentliche kommunalpolitische Arbeit noch vor den Räten liegt.

Kein Entgegenkommen sei dem RP beim Wunsch nach einer weiteren Zufahrt von Fischerbach aus auf die Bündeltrasse möglich, da dies beim Bund nicht genehmigungsfähig sei (wir haben berichtet). Hupfer zählte einige Punkte auf, „wo es definitiv Verbesserungsbedarf“ gebe. So war es in den Sitzungen des Bollenbacher Ortschaftsrats und des Schnellinger Ausschusses neben der Archebrücke vor allem um Lärmschutz, die Rad- und Fußwege von den Ortsteilen in die Kernstadt, Bewässerungskanäle nach Schnelllingen und Bollenbach und eine Verbesserung der Verkehrssicherheit am Bollenbacher Ei gegangen. Diese Punkte sollen auf Mehrheitsbeschluss des Gemeinderats die Planer in Abstimmung mit der Stadt spätestens im Rahmen der Ausführungsplanung nochmals prüfen.

## Gegen langes Pokern

Andreas Isenmann (CDU) betonte als Ortsvorsteher von Bollenbach, dass die Umfahrung auch wichtig für den Ortsteil sei, und zeigte sich be-



Bürgermeister Philipp Saar (vorne Mitte) und Stadtbaumeister Clemens Hupfer (rechts) stellten noch einmal kurz die Umfahrungsplanung des Regierungspräsidiums vor. Fotos: Lars Reutter

eindruckt, wie schnell das RP auch auf Anregungen aus Bollenbach eingehe. Wenn man nun Ja sage, sei dies auch „kein Blankoscheck“, sondern man halte vielmehr den Ball im Spiel. So sah es auch der CDU-Fraktionsvorsitzende David Eisenmann, der betonte: „Wir wollen nun nicht die Hände in den Schoß legen. Denn wir sind der Überzeugung, dass die wesentliche kommunalpolitische Arbeit in den nächsten Jahren noch vor uns liegt.“

So sei es selbstverständlich das Ansinnen der CDU-Fraktion, Themen wie den Schallschutz, die Barrierefreiheit oder die Radweganbindung möglichst umfangreich und mit einer bestmöglichen Ausgestaltung umzusetzen. „Dafür wollen wir in stetigem Kontakt mit den Mitbürgern bleiben“, versprach er. Den Satz, dass ein möglichst langes Pokern zu einer immer besseren Lösung führt, halte die CDU dagegen für riskant und angesichts der sich zuspitzenden Bedingungen auch für unverantwortlich.

## „Historische Chance“

Joachim Prinzbach begründete das Ja der Freien Wähler. Auch er sei lange für einen Tunnel gewesen, aber man habe von allen Seiten signalisiert bekommen, dass daraus nichts werde. Bei der Diskussion um eine Bündelungstrasse als Alternative habe man gemeinsam viel erreicht. Dabei nannte er auch explizit Wolfgang Schmid von der damaligen Bürgerinitiative für die beste Umfahrung Haslachs, die beispielsweise auch zur „Teiltuntunnelung“ im Osten beigetragen habe. Heute habe man bei der Abstimmung eine „historische Chance und Verantwortung“, wobei eine Umfahrung auch wichtig für die Betriebe in der Region sei.

Herbert Himmelsbach zählte bei seiner Stellungnahme für die SPD vor allem die Punkte auf, wo sich „was für Haslach zum Guten bewegt“. „Jetzt wurde durch die Gemeinschaftsarbeit von Hoch-

wasserschutz und Straßenplanung ein Ergebnis erreicht, das auch bei extremem Hochwasser Sicherheit für Haslach und das Tal gewährleistet. Dies ist für mich und nicht nur für mich ein ganz wichtiger Punkt“, sagte der SPD-Mann.

Er wollte aber „auch nicht übersehen, dass in der weiteren Planung noch manche Details überarbeitet werden müssen“. Wenn man die Zustimmung jetzt aber verweigere, würde dies zu einer Verzögerung um viele weitere Jahre oder gar die Verhinderung einer weiteren Planung führen. Dabei müsse man schon jetzt mit mindestens zwölf Jahren bis zur Fertigstellung der Umfahrung rechnen, welche die Bevölkerung und die Betriebe in Haslach und Kinzigtal brauchen würden.

## „Auf Kosten Haslachs“

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Martin Schaeffer, sah es ganz anders. Es seien keine „guten Kompromisse“ und der Bund habe nur ein großes Interesse daran, möglichst schnell und kosten-

günstig zu bauen. Die Grünen seien aber dagegen, dass dies auf Kosten Haslachs gehe. Wol- fack, Hausach und Schiltach hätten auch erfolgreich um einen Tunnel gekämpft. „Wollen wir Hasenfüße sein oder uns auf die Hinterbeine stellen?“, machte er deutlich, dass er fürs Kämpfen wäre. Zumal die Umfahrung einen „nicht wieder-gutzumachenden Eingriff in die Natur“ darstelle, den man vor den kommenden Generationen nicht verantworten könne. Stefanie Ziehms (Grüne) sprach sich nach ihm gegen eine „systematische Bevorzugung“ des Autos und für eine Verkehrsweende aus.

Bürgermeister Saar kommentierte abschließend das positive Votum der Ratsmehrheit dahingehend, dass Haslach mit einer Umfahrung nicht mehr länger als Nadelohr verschrien sein werde, sondern als „Tor zur Rheinebene und zum Schwarzwald“ gelten könne.

Ein Video zu diesem Thema finden Sie mit dem Code WRJK unter: [www.bo.de/mediathek](http://www.bo.de/mediathek)

## STICHWORT

### Bürger ausreichend beteiligt?

Martin Schaeffer (Grüne) hatte als erster Redner im Namen der Grünen noch einmal richtig auf die Bremse treten und den Tagesordnungspunkt auf die Zeit nach Corona vertagen lassen wollen. Denn die Terminierung der Sitzung durch Bürgermeister Saar sei „rechtlich bedenklich und kommunalpolitisch sehr problematisch“. Denn eine wirkliche Debatte sei unter den Beschränkungen der Corona-Pandemie nicht möglich. Die Stadträte könnten nicht einmal Blickkontakt mit den Besuchern aufnehmen. Dieses Problem löste wenig später der Fraktionsvorsitzende der CDU, David Eisenmann, und später auch Schaeffer selbst, indem sie sich in Richtung der Zuhörer drehten. Weiter argumentierte Schaeffer, dass die Anzahl der Besucher beschränkt sei – er räumte aber selbst ein, dass alle Platz gefunden hätten – und vor allem ältere Menschen als Angehörige der Risikogruppe den Weg in die Halle gescheut hätten. Tatsächlich waren aber auch ältere Zuhörer anwesend. Dennoch wettete Schaeffer, dass es eine solche Einschränkung der Öffentlichkeit noch nie im Stadtrat gegeben habe. Weiter kritisierte er die unnötige Eile. Denn die Planung sei unvollständig und vor einer Zustimmung müssten erst die offenen Fragen von den Planern beantwortet werden. „Der Hauptpunkt unserer Kritik ist jedoch die Missachtung der Bürgerbeteiligung“, plädierten sie für eine Einwohnerversammlung. „Der Wunsch der Bürger gehört und beteiligt zu werden ist groß“, war er sich sicher. Die Stadträte sollten daher „bei dem in den letzten drei Jahrzehnten beherrschenden Thema nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden.“ Dieser Argumentation folgte bei der Abstimmung aber weder ein Vertreter einer anderen Fraktion noch Bürgermeister Saar. Dies vor dem Hintergrund, dass die Präsentation durch das RP im Februar mit rund 800 anwesenden Bürgern positiv bewertet wurde, aber auch weil man auf die jahrelange Diskussion hinwies und daher keine Eile, sondern vielmehr den Zeitpunkt für eine Entscheidung gekommen sah. Und auch Ideen und Anliegen von Bürgern könne man bei der Suche nach Verbesserungen weiter berücksichtigen.



Es gab Stimmen, die das Hauptaugenmerk nicht auf das Auto, sondern auf den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des Schienennetzes legen wollen und/oder gute Rad- und Fußwege forderten.

Archivfoto: Lars Reutter

## Auch Bürger melden sich zu Wort

### Stellungnahmen in und nach der Ratssitzung

Haslach (lr/mb). Zu Beginn der Ratssitzung in der Haslacher Stadthalle hatten auch einige Bürger von ihrem Fragerecht Gebrauch gemacht, dabei aber eher Stellungnahmen abgegeben. So wollte Wolfgang Schmid vom Verein „Lebenswertes Kinzigtal“ unter anderem wissen, warum es keine Einwohnerversammlung gebe.

Nach der Sitzung erklärte er im Gespräch mit dem OT, dass wichtige Gemeindeangelegenheiten laut der Gemeindeverordnung des Landes mit den Einwohnern erörtert werden sollen. „Zu diesem Zweck soll der Gemeinderat, in der Regel einmal im Jahr, im Übrigen nach Bedarf, eine Einwohnerversammlung anberaumen“ heißt es dort. Eine solche habe es bislang nicht gegeben und er verstehe nicht, was dagegen gesprochen hätte, den Beschluss noch zwei Monate aufzuschieben, um den Bürgern Gelegenheit zu geben, ihre Ideen in solch einer Versammlung vorzustellen. „Dann wäre es eine runde Sache gewesen.“

Nun gebe es noch die Option zu versuchen, diesen Wunsch mit Hilfe eines Bürgerbegehrens durchzusetzen – ob das den Aufwand wert sei, wolle man noch beraten.

Als weitere Mitglieder von „Lebenswertes Kinzigtal“ ergriffen in der Sitzung auch Cornelia Schoch-Koegel (Hauptthema Lärmschutz), Martin Flach (Klima und B 294) und Gotthard Vetter (Fuß- und Radwege) das Wort. Zudem gab es auch noch Stimmen von Bürgern, die andere Vorschläge und Kritikpunkte vor einer Entscheidung noch diskutiert beziehungsweise überdacht haben wollten.

### Firma in Sackgasse

Stefan Neumaier klagte als Inhaber von Neumaier Dübel- und Rundstabsfabrik darüber, dass sein Betrieb am Gewerbekanal bei der Umsetzung der Planung am Ende einer Sackgasse liege und eine Belieferung durch Schwerlastverkehr nicht mehr möglich sei. Er sprach sich dafür aus, dass man so lange verhandeln solle, bis die Anzahl der von einer Umfahrung ne-

gativ Betroffenen gegen null gehe.

Bürgermeister Philipp Saar versicherte, dass andere Ansichten in Ordnung seien. Er gebe sich aber nicht der Illusion hin, dass es einmal eine Lösung geben könnte, die eine 100-prozentige Zustimmung finden würde. Die Diskussion um die Umfahrung sei dabei älter als er selbst und müsse eben auch irgendwann zu einem Ende kommen. Er und Stadtbaumeister Clemens Hupfer informierten ferner darüber, dass die Stadtverwaltung Anregungen von Bürgern stets an das Regierungspräsidium (RP) Freiburg als zuständige Behörde zur Überprüfung weiterleite. Und bei den Berechnungen für den Lärmschutz müsse das RP gesetzliche Vorgaben einhalten.

Ferner wies der Bürgermeister darauf hin, dass ihm viele Geschäftsleute vorrechnen würden, was sie der tägliche Stau in Haslach koste, und auch die Mitarbeitersuche wäre dadurch für sie erschwert. Man müsse daher auch über den eigenen Tellerand hinausblicken.

### Ausbau Nahverkehr

Der Haslacher Yannik Hinzmann von der Linken Liste Ortenau war auch in der Halle und zeigte sich nach der Sitzung enttäuscht. Nur einer der Stadträte hätte wirklich in die Zukunft gedacht. Der Bürgermeister schwadroniere zwar immer wieder davon, dass man über den Tellerrand schauen müsse, aber dieser höre bei ihm anscheinend bei den wirtschaftlichen Interessen auf. Hinzmanns Meinung nach hätten sich die Stadträte, statt für die Umfahrung zu stimmen, für „eine wirkliche Alternative“ einsetzen sollen: dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und vor allem dem Ausbau des Schienennetzes.

Interessant an der Sitzung sei gewesen, dass argumentiert worden sei, dass die Wirtschaft die Umfahrung brauche. „Doch was bringt uns all die Wirtschaft, wenn die Klimakatastrophe immer weiter voranschreitet?“, merkte er an.



Vor der Stadthalle hatte der Verein „Lebenswertes Kinzigtal“ auf mehreren Plakaten die Einbeziehung der Bürger gefordert.